

## Liebe Genossinnen und Genossen,



der Ostholsteinbrief für den Monat November kommt leider etwas verspätet. Ich bitte um Entschuldigung. Die Vielzahl der Termine und Veranstaltungen, gerade zum Jahresende, ließen

eine frühzeitigere Herstellung nicht zu.

Nun aber zum Inhaltlichen: am 25. November hatten wir unseren außerordentlichen Kreisparteitag zum Regierungsprogramm 2012-2017. Mehr als vier Stunden debattierten wir über den vorliegenden Entwurf und unseren Änderungswünschen. Die Delegierten haben einen super

Job gemacht. Sie waren sehr konzentriert bei der Sache und sehr gut informiert. Mehr als 100 Änderungsanträge gab es zu behandeln. Die Änderungsanträge wurden auf dem Kreisparteiausschuss am 5. November vorbereitet. In thematischen Arbeitsgruppen wurde das Regierungsprogramm durchgearbeitet und Änderungsanträge formuliert. Die Leiterinnen und Leiter der Arbeitsgruppen hatten einen schwierigen Job zu erledigen und sie haben ihn meisterlich ausgeführt. Ich danke dafür sehr herzlich. Unsere Änderungsanträge werden nun der Programmkommission übermittelt. Bis zum 10. Januar 2012 wird aus unseren und den weiteren Wünschen der anderen Kreisverbände und Arbeitsgemeinschaften ein endgültiger Entwurf für den Landesparteitag im Februar 2012 geschrieben. Wir werden es im

Auge behalten, was übernommen wird.

Unser Landesvorsitzender Ralf Stegner hat in einem gemeinsamen Gespräch mit dem Kreisvorstand betont, dass der Kreisverband politisch sehr aktiv ist und damit ein entsprechendes Gehör innerhalb des Landesverbandes hat. Das war auch eines der Ziele, die wir uns gesetzt haben. Nun müssen wir am Ball bleiben und kontinuierlich an weiteren Verbesserungen arbeiten. Gemeinsam sind wir stark. ■

Mit solidarischen Grüßen  
Euer

*Kreisvorsitzender*

## Wahlkreis 18, Ostholstein-Nord

### Das erste Wahlkampfmeeting

Leider konnten es nicht alle Ortsvereine des Wahlkreises 18 einrichten, zu unserem ersten Wahlkampfmeeting für die Landtagswahl 2012, am 9. November nach Oldenburg zu kommen. Deshalb berichte ich euch in Kurzform über die Ergebnisse.

Der Landesverband stellt vom 1. Februar bis zum Wahltag am 6. Mai eine zusätzliche Mitarbeiterin für den Wahlkampf in den Wahlkreisen 18 und 19 ein. In einem Bewerbungsverfahren, das der Kreisverband Ostholstein durchgeführt hat, hat sich die Genossin Ulrike Plötz vom OV Gemeinde Süsel durchgesetzt. Mehr zu ihr auf Seite 6. Ulrike wird ausschließlich für den Wahlkampf in den Wahlkreisen 18 und 19 arbeiten. Ich stelle sie für meinen persönlichen Wahlkampf noch zusätzlich im Januar ein. Wenn der Wahlkampf erfolgreich endet, wird Ulrike meine Wahlkreismitarbeiterin. Ab dem 1. März 2012 werde ich voll für den Wahlkampf zur Verfügung stehen. Von da an werde ich Urlaub und Freizeitausgleich haben. Die Zeit möchte ich gern vollständig mit euch für den Wahlkampf verwenden. Mit dem

Wahlkampf beginnen wollen wir im Februar. Langsam starten und stetig steigern.

Ich habe den Wahlkampfreader der Kampa des Landesverbandes verteilt und wir haben uns über die Regularien der Plakatbestellungen unterhalten. In diesem Wahlkampf kann ich euch leider die Plakate nicht bezahlen. Die Eindruckplakate für Veranstaltungen, die wir auch für individuelle Themenplakate verwenden wollen, bestelle ich. Die Bestellung der Ortsvereine erfolgt über die Kreisgeschäftsstelle. Die Bestellungen müssen bis spätestens 8. Januar 2012 eingegangen sein.

Wir haben auch über den Internetwahlkampf gesprochen. Ich habe eine Internetseite. Die Ortsvereine, die auch eine Internetseite beim Soziserver haben, bat ich um die Erlaubnis, dass meine Artikel automatisch auf euren Internetseiten erscheinen. Die Ortsvereine, die anderswo eine Internetseite haben, werden mit den Artikeln versorgt. Ich bitte um Verlinkung meiner Seite mit euren Seiten. Ich werde dafür eine Schaltfläche erstellen und euch zur Verfügung stellen.

Außerdem bin ich bei Facebook vertreten. Wenn ihr auch bei Facebook seid, dann bitte ich darum, dass ihr meine Beiträge auf eure Seite teilt. Zusätzlich wäre es gut, wenn ihr eure Freunde im Wahlkreis auf mich aufmerksam macht und ihnen vorschlagt, dass sie mit mir befreundet sein sollten. Wenn ihr dafür Hilfe benötigt, setzt euch gern mit mir in Verbindung.

Die Ortsvereine, die keine Internetseite haben aber gern eine hätten, können sich mit mir in Verbindung setzen. Ulrike kann sie für die Zeit des Wahlkampfes pflegen.

Die Ortsvereine haben ihre bereits bekannten Termine oder ihre Veranstaltungen mitgeteilt, für die die Termine noch nicht feststehen. Um die Termine besser koordinieren zu können, haben wir uns darauf verständigt, einen Internetkalendar zu verwenden. Dort tragen die Ortsvereine ihre Termine ein. Diese werden dann als Mail an alle anderen Ortsvereine versendet. Somit sind alle informiert. Die Zugangsdaten sende ich euch noch gesondert zu. Wenn ihr euch angemeldet habt, könnt ihr eure eigenen Einstellungen vornehmen.

Ich habe im Anschluss darum gebeten,

dass die Ortsvereine mir alle Termine bis zum Wahlabend mitteilen, die in ihren Gemeinden stattfinden. Wir wollen dann dort teilnehmen, z.B. Waffeln oder Würstchen für einen guten Zweck verkaufen. Wir erreichen damit drei Effekte. Wir sind vor Ort, tun was Gutes und müssen wenig bis nichts organisieren. Unsere Veranstaltungen können auch kleiner sein. Z.B. Gespräche mit Gruppen, wie Landwirten, Touristikern, Sozial- und oder Umweltverbänden, Betriebsräten, Gewerkschaften, Weiterbildungsvertretern, russischen oder türkischen Gemeinde, Unternehmern und und und. Meldet mir, welche Gruppen bei euch vertreten sind.

Größere Veranstaltungen mit Gästen zu bestimmten Themen sollen immer mit Kultur verbunden sein. Musiker, Gruppen, Chöre, Tänzer, Dichter usw. Kennt ihr solche Menschen oder Gruppen oder habt ihr sogar Kontakt zu ihnen?

Ich möchte viel mit den Wählerinnen und Wählern in Kontakt kommen. Das macht man am besten bei Haustürgesprächen, bei Coffee to go Aktionen an Bahnhöfen, Schulen und Werktoeren. Habt ihr Kontakt zu Firmen im Wahlkreis? Kennt ihr eventuell die Schichtzeiten? Auch bei der Verteilung von Ortsvereinszeitungen könnt ihr mich einbinden. Ich verteile sie gern mit euch. Diese Aktionen sollten mit Plakaten und/oder Handzetteln angekündigt werden. Die Presse wird über alle Aktionen informiert. Die Infotische wollen wir eventuell mit weiteren Aktionen verbinden. Das wird aber mit den Ortsvereinen, die Infotische machen, direkt besprochen. Ich bin darüber informiert, dass es in Burg, Heiligenhafen, Oldenburg und Neustadt Infotische geben wird. Gibt es weitere Infotischaktionen?

Soweit zunächst einmal. Für Rückfragen stehe ich euch gern zur Verfügung. Ein nächstes Treffen wird es nach dem 13. 12. geben. An diesem Abend wird die Kampa/der Landesverband uns mitteilen, an welchem Tag welcher Woche Torsten uns besuchen kommt. Danach werde ich euch dann noch einmal einladen, damit wir alles weitere besprechen können. Ich möchte ein kleines Team von vier bis fünf Mitstreiterinnen und Mitstreitern bilden, die die besonderen Aktionen vorbereiten und begleiten. Wer Interesse hat, darf sich gern bei mir melden.

Lieben Gruß  
Euer Lars

Mein Lieblingsland

## Neustädter Binnenwasser

# Gelebte europäische Naturschutzpolitik

Nach der Exkursion des Arbeitskreises Umwelt und ländliche Räume der SPD-Landtagsfraktion im Projektgebiet Neustädter Binnenwasser berichtet die Vorsitzende des Arbeitskreises Sandra Redmann:

Das LIFE Projekt BaltCoast am Neustädter Binnensee soll das bestehende Natura 2000 Gebiet weiterentwickeln und helfen, u.a. bedrohte Arten der Roten Liste wieder anzusiedeln. Auf Einladung der Projektentwicklerin Britta Küper von der Stiftung Naturschutz, der die meisten Flächen im Projektgebiet gehören, haben wir eine Exkursion am 26.10.2011 vorgenommen.

In unregelmäßigen Abständen dringt salziges Ostseewasser durch die Hafenge von Neustadt in die Bucht und die Lagunenlandschaft mit Salzwiesen und Brackwasserröhrichten. Gezieltes Mähen und robuste Rinder drängen das Schilf zurück und fördern verborgene Schätze wie Strandaster, Feines Hasenohr und Pferdesaat zu Tage. Enten und Gänse können hier in Ruhe mausern, Watvögel, wie der Rotschenkel, freuen sich über die kurzrasigen Feuchtwiesen. Dies alles kann nur gelingen, wenn Naturschutz, Wassermanagement, Landwirtschaft und die Bevölkerung vor Ort gemeinsam arbeiten. Wie dies in der Region gelingt, stellten uns die Naturschutzgebietsbetreuerin des BUND

Dr. Irene Timmermann-Trosiener der Halter der Robustrinder und Landwirt Bernd Deckert, der Vorsteher des Wasser- und Bodenverbandes Thorsten Lorenzen sowie der langjährige Landtagsabgeordnete und Stadtverordnete aus Neustadt, Hermann Benker, dar. Erfrischend und für uns nicht selbstverständlich war, dass die betroffenen Landeigentümer und der Wasser- und Bodenverband sehr aufgeschlossen und neugierig gegenüber den vom Naturschutz vorgeschlagenen Maßnahmen im Wassermanagement stehen. Auch die art- und regionsspezifische ganzjährige Außenhaltung von den „vierbeinigen Angestellten“ der Stiftung Naturschutz, der Robustrinderrasse Highlander, stellt den Halter vor großen Herausforderungen, die nur durch außergewöhnlichen persönlichen Einsatz bewältigt werden können. Entscheidend wird nun sein, wie die geschaffenen Erfolge nach Auslaufen der Programmzeit Ende 2012 so gesichert werden können, dass sie dauerhaft das Schutzgebiet zum Vorteil für Natur, Umwelt, Landwirtschaft und die Menschen vor Ort wirken können.

Der insgesamt nur positive Eindruck bestätigt uns in unserer Politik, dass europäische und nationale Vorgaben und Ziele im Natur- und Umweltschutz nur vor Ort gemeinsam umgesetzt werden können, wie dies am Neustädter Binnensee gelebte Praxis ist. ■



Von rechts nach links: Andreas Beran MdL, Detlef Buder MdL, Hermann Benker mit Enkelin, Sandra Redmann, MdL, Dr. Irene Timmermann-Trosiener, Britta Küper, Bernd Deckert und Thorsten Lorenzen.

## Außerordentlicher Kreisparteitag des SPD Kreisverbands Ostholstein

## Änderungsanträge zum Entwurf des SPD-Regierungsprogramms

Am 25. November 2011 trafen sich 98 von 134 Delegierten des SPD-Kreisverbandes Ostholstein zu einem außerordentlichen Kreisparteitag um Änderungsanträge zum Regierungsprogramm 2012 bis 2017 zu erarbeiten.

Unter der bewährten Präsidiumsleitung von Hermann Benker aus dem Ortsverein Neustadt galt es an diesem Abend, 93 eingereichte Anträge zu verabschieden. Bereits im Vorfeld hatten zahlreiche Mitglieder der Ortsvereine beim Kreisparteiausschuss in sechs Arbeitsgruppen in den Bereichen Bildung, Familie, Gleichstellung & Soziales, Umwelt & Energie, Starke Wirtschaft – Gute Arbeit, Bürgerbeteiligung und Innere Sicherheit Änderungsanträge formuliert.

Zunächst aber stimmte die Landtagsabgeordnete Serpil Midyatli, die als Mitglied der Landesprogrammkommission am vorgelegten Programmentwurf mitgearbeitet hatte, alle Delegierten auf das Regierungsprogramm 2012 bis 2017 ein.

Danach stellten die Sprecher und Sprecherinnen aus den Arbeitsgruppen ihre Ergebnisse aus dem Kreisparteiausschuss vor. Nach lebhaften Diskussionen wurden die Anträge der Arbeitsgruppen abgestimmt.

### Folgende besondere Änderungen wurden mehrheitlich von den Delegierten verabschiedet

#### ♦ Bildung

Für jede/r Schüler/in mit Förderbedarf wird eine Stundenzuweisung von mind. 4,5 Std. angesetzt, wobei heilpädagogisches Personal, sozialpädagogische Kräfte und Schulpsychologen den Bedarf an Fachpersonal unterstützen sollen.

Besonders herausgestellt wurde ferner, dass Bund und Länder in gemeinsamer Verantwortung für die Bildung eine Vereinheitlichung des Bildungssystems und der Lehrerbildung vorantreiben sollen.

Weitere wichtige Aspekte im Bereich Bildung waren den Delegierten bedarfsgerechte Öffnungszeiten in allen KiTas, die sofortige Einführung eines beitragsfreien 3. KiTa-Jahres (langfristig sollen alle Kitajahre beitragsfrei angeboten werden), die Doppelbesetzung durch Lehrer in allen Hauptfächern in den Grund- und Gemeinschaftsschulen, die besondere Aufmerksamkeit und finanzielle Zuwendung der Sprachförderung bei Migrantenkindern und die dadurch unabdingbare gesetzliche Regelung entsprechender finanzieller Zuwendungen. Ebenso ist es unabdingbar für alle Delegierten, dass das sogenannte Y-Modell an den gymnasialen Oberstufen

nach dem momentanen Durchlauf beendet wird und die kostenlose Schülerbeförderung, für die sich die SPD stets eingesetzt hat, auch nach dem 10. Schuljahr Anwendung findet.

Abschließend waren sich alle Delegierten darüber einig, dass neben einer Vereinheitlichung des Bildungssystems und damit verbunden der Lehrerbildung auch die Ausbildung von Berufsschullehrern entsprechenden Raum im Regierungsprogramm erhalten muss.

#### ♦ Familie, Gleichstellung & Soziales

Hier waren die Grundsicherung von Kindern und Jugendlichen als auch die Forderung nach Einrichtung verpflichtender Pflegestützpunkte Inhalte der Anträge. Die Delegierten verabschiedeten die Forderung nach Unterstützung freiberuflicher Hebammen und die Einführung eines bundeseinheitlichen Basisfallwertes, der sicherstellt, dass Operationen bei uns genauso vergütet werden, wie in Bayern.

Ferner verabschiedet wurde die Forderung nach Einhaltung der „geschlechtlichen Quote“, die Forderung nach dem strikten Einhalten des „Reißverschlußverfahrens bei der Aufstellung der Landesliste“ sowie die Unterstützung einer Antidiskriminierungsstelle in Schleswig-Holstein.



Foto: Axel Clasen

◆ **Umwelt und Energie**

Im Bereich Umwelt und Energie verabschiedeten die Delegierten des Kreisparteitages u.a. einen Antrag, welcher vorsieht, die Landesfläche für Windeignungsflächen auf mindestens 3 % statt bisher 1,5 % zu erhöhen. Weitere Beschlüsse sehen vor, die Erdverkabelung der angekündigten 380 KV-Leitung bei der Planung der Trassenverläufe alternativ mit vorzusehen, insbesondere in wohnortnahen und naturschutzrelevanten Bereichen. Ferner soll die Privilegierung von Biogasanlagen nach Baugesetzbuch aufgehoben werden, und es soll ein Programm zur Förderung von Energieeinsparungsmaßnahmen im Bereich der Haussanierung neu erstellt werden, wobei die Förderung auch bei einzelnen Schritten (Blockförderung) möglich sein soll. Ebenso war man sich einig, dass der Erhalt der Trinkwasserversorgung als Teil der Daseinsvorsorge in öffentlicher kommunaler Trägerschaft bleiben muss sowie die Breitbandversorgung mittels Glasfaserkabel zügig vorangetrieben werden soll.

◆ **Starke Wirtschaft – gute Arbeit**

In diesem Bereich verabschiedeten alle Delegierten u.a. den Antrag auf Erhöhung der Zukunftssicherung für junge Arbeitnehmer. Hierzu gehören bspw. die Abschaffung unbezahlter Praktika für Berufsanfänger und grundlegende Änderungen im Bereich der Zeitarbeit. Zeitarbeiter/-innen müssen zukünftig denselben Lohn erhalten, wie Festangestellte, damit diese zukünftig selbstständig entscheiden können, ob sie fest oder flexibel arbeiten wollen. Hier soll Zeitarbeit insbesondere zur Arbeitnehmerentscheidung werden.

Besonders wichtig war den Delegierten auch die Ablehnung des GIGALINerverkehres, damit auch weiterhin möglichst viel Verkehr von der Straße auf die Schiene geht und nicht umgekehrt.

◆ **Bürgerbeteiligung**

Die Hauptbeschlüsse in diesem Bereich konzentrieren sich auf die Sprachförderung regionaler Sprachen, etwa Dänisch, Plattdeutsch und Friesisch. Weiterhin kamen alle Delegierten mehrheitlich zu dem Beschluss der Entwicklung eines Konzeptes für bessere Bürgerbeteiligung. Im Rahmen eines derartigen Konzeptes sollen auch Bedingungen definiert werden, unter denen Bürgerinitiativen als Träger öffentlicher Belange behandelt werden können (TÖB).

Zudem sollen Angebote örtlicher Vereine und Verbände unter anderem zur

Stärkung des Ehrenamtes in das Ganztagsschulangebot in Schleswig-Holstein eingebaut werden.

◆ **Innere Sicherheit**

Zum Thema innere Sicherheit wurden folgende Anträge verabschiedet:

Die Veranstalter von Fußballspielen und anderen Großveranstaltungen sollen an den Kosten von Polizeieinsätzen beteiligt werden.

Zur Bekämpfung der Jugendkriminalität sollen Kriminalpräventivräte eingerichtet werden und die präventive Sozialarbeit erhöht werden.

Der Verbraucherschutz muss aufgrund der Tatsache, dass die Kriminalitätsrate im Internet in den letzten Jahren rapide angestiegen ist, gestärkt werden, damit die Internetsnutzer über die Gefahren im Internet aufgeklärt werden können.

Weiterhin soll für Menschen ohne Aufenthaltsgenehmigung eine menschenwürdige Behandlung im Rahmen der Abschiebehaft gewährleistet werden.

Der Titel „Heimat für alle“ im Regierungsprogramm soll in „Ein Zuhause für alle“ geändert werden, da der Begriff Heimat durch den Nationalsozialismus tradiert ist.

Abschließend ist die Forderung nach „mehr bezahlbarem Wohnraum“ als Festschreibung im Regierungsprogramm festgeschrieben worden.

Im Anschluß an die Beratungen zum Regierungsprogramm wurde der außerordentliche Kreisparteitag geschlossen und die Kreisdelegiertenkonferenz eröffnet. Hier galt es die Delegierten zu wählen, die am Wochenende des 03. und 04. Februar 2012 im Rahmen der Landesdelegiertenkonferenz über die Landesliste der SPD-Schleswig-Holstein abstimmen werden.

Anette Schlichter-Schenck/OV Oldenburg, Marcus Landesetzer/OV Bosau und Jens Andermann/OV Stockelsdorf stellten sich den Delegierten vor und baten um Unterstützung bei ihren Bewerbungen für die Landesliste der SPD-Schleswig-Holstein.

Am Ende eines langen, arbeitsintensiven aber sehr erfolgreich absolvierten Arbeitspensum schloss Kreisvorsitzender Lars Winter gegen 23:20 Uhr die Kreisdelegiertenkonferenz und bedankte sich bei allen Delegierten für ihr Ausharren und die lebhaften Diskussionen bei der Verabschiedung der Änderungsanträge zum Regierungsprogramm 2012 bis 2017. ■

**Kreisparteitag der SPD in Grömitz am 25. November 2011**

**Reißverschluss zur Landtagswahl**



Im November verabschiedete die SPD Ostholstein diverse Änderungsanträge zum Regierungsprogramm der SPD. Derzeit liegt allen Ortsvereinen, Kreisverbänden und allen Arbeitsgemeinschaften das Regierungsprogramm der SPD zur Landtagswahl am 6. Mai 2012 vor. Noch bis zum 10. Dezember kann jede Bürgerin und jeder Bürger ihre oder seine Änderungswünsche als Antrag stellen.

Swantje Meininghaus, die sich mit dem Regierungsprogramm für den Bereich „Familie Gleichstellung & Soziales“ beschäftigte, stellte die Anträge ihrer Arbeitsgruppe vor: Sowohl die Grundsicherung von Kindern und Jugendlichen, als auch die Forderung, verpflichtend Pflegestützpunkte einzurichten waren Inhalte der Anträge. Die SPD OH will freiberufliche Hebammen ebenso unterstützen wie einen bundeseinheitlichen Basisfallwert erreichen, der sicherstellt, dass Operationen in Schleswig-Holstein genauso vergütet werden wie in NRW.

Darüber hinaus unterstützt der Kreisverband OH der SPD die Initiative der sozialdemokratischen Frauen auf Landesebene dahingehend, dass sie die Forderungen nach der „Quote“, dem „Reißverschluss“ und einer Antidiskriminierungsstelle im Land unterstützt. Die „Quote“ fordert paritätische Besetzung von Führungspositionen, der „Reißverschluss“ die geschlechtergerechte Besetzung der Wahllisten und die Antidiskriminierungsstelle wird diskriminierendes Verhalten hinsichtlich Geschlecht, Religion, Nationalität und Alter verfolgen.

Die Programmkommission wird die Änderungsanträge sichten und in das Regierungsprogramm einarbeiten, danach erhalten nochmals alle Ortsvereine, Kreisverbände und Arbeitsgruppen das Programm, so dass auf dem Landesparteitag der SPD in Lübeck Anfang Februar der Extrakt aller Arbeit vorgestellt wird und beschlossen werden kann. ■

Swantje Meininghaus  
Vorsitzende der AsF Ostholstein

## Kreistagssitzung am 2. 11. 2011, zu Stromnetzerweiterungen

### Anfrage zur Erdkabeln

Sehr geehrter Herr Landrat,

die SPD Kreistagsfraktion möchte eine rechtliche Bewertung zu der unterschiedlich diskutierten Frage ob und inwieweit durch staatliche Planung bzw. Bauantragsverfahren eine politisch gewollte Erdverkabelung in den Bereichen bis zu 380 KV sichergestellt werden kann.

Die 380 KV Transversale Berlin ist durch das Stadtgebiet auf 11,5 km als Erdkabel ausgeführt. In London hat das Erd-

kabel eine Länge von 20 km und auch in Wien liegen Erdkabel. In den Städten Moskau, Mailand, Madrid leben die Menschen bereits seit Jahren mit 380 KV Erdkabeln. Ein Urteil in der Schweiz (Bundesgericht Lausanne, Mai 2011) verlangt, es müsse ein Kilometer verkabelt werden. Die Begründung: besserer Landschaftsschutz, bessere Energieeffizienz. Die Stromverluste der Freileitung seien erheblich höher als die einer Kabelanlage. Die höheren Stromverlustkosten der Freileitung gleichen daher die höheren Investitionskosten der Kabelanlage weitgehend aus.

Hinzuweisen ist in diesem Zusammenhang auf die Aussage von Herrn Groll

(TenneT) in der Niederschrift Nr. 3/2011 v. 31. 8. 2011, Planung u. Wirtschaft, Seite 5: „Die Verwirklichung mit Freileitungen gehe schneller. Man könne zwar *auch eine Teilverkabelung überlegen*, müsse jedoch bedenken, dass Erdkabel und Freileitung unterschiedliche Speicherkapazitäten hätten, so dass hier technische Maßnahmen zur Verbindung erforderlich seien.“ Zu dieser Aussage erbitten wir eine rechtliche und technische Stellungnahme der Verwaltung. Weiterhin bitten wir um einen Zwischenbericht zu den vier Pilotprojekten in Deutschland zur Erdkabeltechnik. ■

Burkhard Klinke

## Diskussion

### Lehrerbildung und Inklusion



Mehrmals im Jahr organisiert die Ostholsteiner Arbeitsgemeinschaft für Bildungsfragen (AfB) mit ihrer Vorsitzenden Michaela Homann-Speck „Gespräche um die Bildung“. Im Oktober hatte man nach Neustadt eingeladen, um gemeinsam mit Martin Habersaat, dem bildungspolitischen Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, über die Zukunft der Lehrerbildung und die Herausforderungen der Inklusion zu sprechen. Neben vielen Lehrerinnen und Lehrern unterschiedlicher Schularten nahmen auch der AfB-Landesvorsitzende Ulf Daude und der SPD-Kreisvorsitzende und Landtagskandidat Lars Winter teil.

Martin Habersaat (34, Barsbüttel) war bis zu seinem Einzug in den Landtag Gymnasiallehrer und ist seit Mai 2011 Vorsitzender des Arbeitskreises Bildung

in der SPD-Landtagsfraktion. Er warb für eine Neuordnung der Lehrerausbildung: „Es ist schlicht unsinnig, dass in Schleswig-Holstein noch immer Haupt- und Realschullehrer ausgebildet werden, obwohl es diese Schulformen gar nicht mehr gibt!“ Stattdessen warb er für eine Stufenlehrerausbildung, wie sie ähnlich auch in Hamburg zu finden sei. Jeder Lehrer solle lernen, in der Sekundarstufe I (Klasse 5-10) zu unterrichten und dazu wahlweise für die Primarstufe (Klasse 1-4) oder die Sekundarstufe II (11-12/13) ausgebildet werden.

Die Diskussionsteilnehmer wünschten sich zudem höhere Praxisanteile zu einem frühen Zeitpunkt im Lehramtsstudium. Auch Professoren sollten sich häufiger als bisher mit der Schulwirklichkeit ausein-

andersetzen. „Und wenn die Professoren ihre Studentinnen und Studenten dann in Unterrichtssituationen erleben, muss bei Bedarf auch die Beratungen erfolgen, dass dieser Beruf nicht der richtige ist“, forderte ein langjähriger Grundschullehrer.

Im Mittelpunkt des Gesprächs über die Inklusion, die Unterricht für Schülerinnen und Schülern mit besonderem Förderbedarf an Regelschulen meint, standen einerseits die UN-Konvention, die genau diese Entwicklung fordert, und der aktuelle Inklusionsbericht der Landesregierung (Drucksache 17/1568). In diesem Bericht kommt die Landesregierung zu dem Schluss, dass Inklusion weitestgehend kostenneutral zu erreichen sei – eine Meinung, der sich keine/r der Anwesenden anschließen konnte. ■

## Zulassungsstelle Oldenburg CDU, FDP und Grüne schließen

Die Zulassungsstelle in Oldenburg wird geschlossen. Spätestens zum 1. 1. 2013 soll endgültig Schluss sein. Der bürgerliche Block hat am Nikolaustag im Kreistag das endgültige Aus für die Kfz-Zulassungsstelle in Oldenburg beschlossen. Für die Befürworter der Schließung stand nur ein Argument im Vordergrund, die angebliche jährliche Einsparung von 60.000 €.

Die SPD hat sich mit ihrem Antrag für den Fortbestand der Zulassungsstelle ausgesprochen bis eine vollständige Abwick-

lung aller Dienstleistungen online möglich ist. Die SPD Fraktion hatte nochmals auf das im Jahre 2002 beschlossene Konzept der Neustrukturierung hingewiesen. Dazu gehörten die Bereiche Kfz -Online- An- und Abmeldung, Gespräche mit der Innung und die Online-Reservierung von Kfz-Kennzeichen. In diesen zehn Jahren hat die Verwaltung es nicht erreicht, diese Punkte umzusetzen. Denn die Voraussetzung für eine Schließung war die Realisierung dieser Punkte und eine Schließung sollte erst dann erfolgen, wenn eine bürgernahe Lösung zur Verfügung steht.

So haben sich die Kfz-Innung, die Städte und Gemeinden im Nordkreis, die BürgerInnen, der Personalrat des Kreises und

der Unternehmensverband OH/Plön auch für den Erhalt der Zulassungsstelle eingesetzt bis eine vollständige Abwicklung – Online- möglich ist.

Auch die Argumente der SPD, dass der Nordkreis wirtschaftlich schwach ausgerichtet ist, verhalten in der Debatte. Die Zulassungsstelle ist eine Wirtschaftsfördermaßnahme und es ist die Aufgabe des Kreises für gleichwertige Lebensverhältnisse zu sorgen. Dazu trägt ganz entscheidend die Zulassungsstelle mit den vielen Autohäusern zu bei. Die SPD Kreistagsfraktion hat geschlossen gegen die Schließung der Zulassungsstelle gestimmt. ■

Burkhard Klinke

## Birte Pauls, MdL zu Besuch in Ostholstein Voraussetzungen für die Zukunftssicherung der Pflege

Foto: Annette Schlichter-Schenck



Ende November trafen sich AsF Frauen, um den Bereich Pflege im Regierungsprogramm gemeinsam zu erarbeiten. Zu Gast war Birte Pauls, die als Landtagsabgeordnete für den Pflege- und Gesundheitsbereich der SPD zuständig ist. Sie ist darüber hinaus Mitglied im Landesvorstand und Mitglied der Programmkommission.

Die Fachfrauen konnten die anstehenden Aufgaben schnell benennen: Wie machen wir die Pflege zukunftsfähig?

80% aller in der Pflege Beschäftigten sind Frauen, aber 70% der Leitungspositionen innerhalb des Pflegebereiches sind von Männern besetzt. Aktuell leben 85.000 Menschen mit Pflegebedarf in Schleswig-Holstein, bundesweit sind es 2,3 Mio. Der demografische Wandel prognostiziert nicht nur einen kräftigen Anstieg der Pflegebedürftigen, sondern auch einen steigenden Bedarf an qualifizierten Pflegekräften.

Vor diesem Hintergrund muss die Ausbildung modernisiert werden! Wir benötigen nicht nur mehr Ausbildungsplätze, sondern auch eine generalistisch ausgerichtete Pflegeausbildung, die erst im letz-

ten Ausbildungsjahr eine Schwerpunktsetzung vorsieht. Die Altenpflegeausbildung sollte kostenfrei werden, so wie die Kinderkrankenpflege- und Krankenpflegeausbildung es jetzt schon ist.

Die Pflege muss aufgewertet werden! Das ist durch durchlässigere Qualifizierungsebenen machbar, so dass mehr junge Menschen beiderlei Geschlechts durch geänderte Bedingungen diesen Beruf als attraktiv und zukunftssicher empfinden können.

Darüber hinaus streben wir einen Pflegestudiengang an, der zum Bachelor-Abschluss führt.

Gemeindenaher Unterstützungsangebote und Pflegestützpunkte müssen auch im ländlichen Raum ausreichend vorhanden sein! Hier werden pflegerische, medizinische und soziale Leistungen unter einem Dach gebündelt. Und – könnten selbständige Pflegerinnen hier eine Lücke schließen?

Für 2012 haben die AsF und die AG 60+ gemeinsame Veranstaltungen zum Thema „Pflege“ vereinbart. ■

## Die neue Mitarbeiterin in der Kreisgeschäftsstelle

### Ulrike Plötz



Ulrike wohnt in Ottendorf, ist gelernte Medizinisch-Technische-Assistentin und hat zwei erwachsene Kinder.

Seit der Erziehungszeit hat sie u.a. als Schlossführerin, VHS-Dozentin und Leiterin des Ordnungsdienstes der Eutiner Festspiele gearbeitet. Zurzeit betreut sie in Teilzeit Besucher im Willy-Brandt-Haus in Lübeck und gibt Malkurse an der Volkshochschule.

Wir wünschen Ihr einen guten Start, Spaß und so viel Erfolg bei der Arbeit, dass sie ab Mai fest angestellte Mitarbeiterin im direkt gewonnenen Wahlkreis bei Lars Winter werden kann.



## Impressum

SPD Kreisverband Ostholstein  
Lübecker Straße 6, 23701 Eutin  
Telefon: 04521/5957  
Mail: kv-ostholstein@spd.de  
Internet: www.spd-ostholstein.de  
V.i.S.d.P.: Kreisvorsitzender Lars Winter  
Schlußredaktion: Beate Müller-Behrens

Rede von Lars Winter am 7. 12. 11  
im Kreistag zum

## Haushalt 2012

Herr Kreispräsident,  
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen.

Alle Jahre wieder.

Ein Satz, der gerade im Monat Dezember oft ausgesprochen wird, passt auch zur alljährlichen Dezembersitzung des Kreistages. Alle Jahre wieder behandeln wir im Dezember den Haushalt für das kommende Haushaltsjahr.

Alle Jahre wieder stellen wir gemeinsam fest, dass sich das strukturelle Defizit nur unwesentlich verändert. Wenn positive Veränderungen zu registrieren sind, liegt es an einer besseren Landeszuweisung oder einer pekuniär höheren Kreisumlage. Nicht aber an den Beschlüssen, die die Mehrheitsfraktion hier im Hause vorantreibt und durchsetzt.

Alle Jahre wieder wirbt meine Fraktion dafür, einen anderen Weg zu gehen. Mehr auf Prävention zu setzen um langfristig tatsächlich selbst erwirtschaftete Erträge einzufahren. Auf der vorletzten Sitzung des Finanzausschusses und auch heute hat der Landrat darauf hingewiesen, wie stark die Aufwendungen für die Jugendhilfe gestiegen sind und wie stark sie zukünftig steigen werden. Und welche Erkenntnisse werden von ihnen daraus gezogen? Keine?! Nein, das ist nicht wahr. Sie reagieren. Sparen! Kürzen! Abschaffen!

Alle Jahre wieder stellt meine Fraktion die Anträge, die sie für die bessere Lösung unseres gemeinsamen Problems hält. Wir werben für Sozialarbeiter an den Schulen. Wir werben für ein kostenfreies Mittagessen für alle Schülerinnen und Schüler. Wir werben für einen Verhütungsfonds. Wir werben für den kostenfreien Schulbusverkehr. Wir werben für Bildungs- und Chancengerechtigkeit. Wir werben dafür, dass die soziale Schieflage unseres Haushaltes wieder etwas mehr ausgeglichen wird. Wir werben dafür, die Haushaltskonsolidierung nicht nur auf das aktuelle Haushaltsjahr zu reduzieren sondern sie nachhaltig zu betrachten. Wenn wir heute eine gute Präventionsarbeit ausarbeiten und finanzieren, werden wir zukünftig die Erträge dafür erwirtschaften. Das passiert nicht innerhalb eines Haushaltsjahres. Auch nicht in zwei Jahren. Doch vorliegende Untersuchungen zeigen, dass für jeden

heute präventiv investierten Euro in spätestens zehn Jahren sieben Euro gespart werden können. Warum gehen wir nicht gemeinsam diesen Weg. Ihr Weg führt doch offenkundig nicht zu dem ersehnten Ziel.

Alle Jahre wieder müssen wir uns von ihnen anhören, dass meine Fraktion nur Anträge einreicht, die immer mehr Geld benötigen aber nicht zur Konsolidierung beitragen. Wie sieht es mit ihren Anträgen aus? Zum kommenden Haushalt beantragen sie die Schließung der Zulassungsstelle in Oldenburg. Bereits im Finanzausschuss habe ich ihnen nachweislich vorgerechnet, dass diese Entscheidung ein volkswirtschaftlicher Unsinn ist. Die von ihnen verlangte Einsparung in Höhe von 60.000 Euro kostet der Steuerzahlerin und dem Steuerzahler rund 130.000 Euro. Und da behaupten sie, dass nur sie Ahnung von wirtschaften haben?

Alle Jahre wieder werfen wir uns die immer gleichen Argumente entgegen. Und alle Jahre wieder peitschen sie den Haushalt durch und meine Fraktion stimmt dagegen.

Alle Jahre wieder? Nein! In diesem Jahr ist es anders. In diesem Jahr wird meine Fraktion dem Haushalt zustimmen.

Warum? Für den kommenden Haushalt beginnen sie sich, meine Damen und Herren von der CDU und FDP, in die richtige Richtung zu bewegen. Noch sehr zögerlich. Aber immerhin. Sie sind uns in den Ausschüssen gefolgt und haben mit beschlossen, dass die Kreisberufsschulen in Eutin und Oldenburg mit jeweils einer Sozialarbeiterin bzw. einem Sozialarbeiter unterstützt werden. Dass wir aus dem Bildungs- und Teilhabepaket die Mittagessen an den Schulen finanzieren und dass es nun endlich eine Anhebung der investiven Förderung des kreisangehörigen Sports gibt. Und das haben nicht sie gemacht, werte Kolleginnen und Kollegen der CDU und der FDP. Die SPD-Fraktion hat sie all die letzten Jahre vor sich hergetrieben. Immer wieder haben wir Anträge dazu gestellt, dass die Investitionsförderung des kreisangehörigen Sports angehoben wird. Wir hatten dort zwar einen anderen Ansatz. Wir wollten eine einmalige Erhöhung in Höhe von 40.000 Euro. Aber wir sind mit dem sprichwörtlichen Spatzen in der Hand, den sie mit der jährlichen Erhöhung um 10.000 Euro angeboten haben, zunächst zufrieden.

Es sind zaghafte Schritte, die sie gehen.

Aber wir wollen den eingeschlagenen Weg nicht mit unserer Ablehnung des Haushaltes gleich wieder versperren. Unsere heutige Zustimmung zur Haushaltssatzung und zum Haushaltsplan 2012 soll wie ein Wegweiser wirken, damit wir im nächsten Jahr einen größeren Schritt wagen.

Doch ein wenig Wasser muss ich dann doch noch in den Wein gießen. Wie bereits auf der Sitzung des Finanzausschusses und des Hauptausschusses vorgetragen, kann meine Fraktion dem vorbereiteten Eckwertebeschluss nicht vollständig zustimmen. Es geht dabei um die Forderung, dass die Verwaltung mindestens ein Prozent der Personalkosten erwirtschaften muss. In den letzten Jahren haben wir diesen Teil des Eckwertebeschlusses mitgetragen. Doch nach der Vorlage des Personalberichts 2010 kann ein solcher Beschluss nicht weitergeführt werden. Ausweislich der hohen Zahl der Langzeiterkrankten – wir sprechen von 56 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, das sind mehr als 13% der Beschäftigten – müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass es ein „weiter so“ nicht geben kann. Ohne eine ordentliche Aufgabenkritik können wir nicht weiter den Personalbestand reduzieren. Und nichts anderes bleibt der Verwaltung übrig, wenn wir den Eckwertebeschluss so fassen, wie er heute vorliegt.

Wir bieten an, dass wir im kommenden Jahr, mit der Verwaltung, mit dem Personalrat und mit der Gleichstellungsbeauftragten über die personelle Situation sprechen um Lösungsmöglichkeiten zu finden.

Zum Schluss möchte ich noch auf die Ausführungen des Herrn Landrat Sagers eingehen. Er hat berichtet, dass sich der Bund nun endlich an den Kosten der Grundsicherung beteiligt. Dass damit eine spürbare Entlastung des Kreishaushaltes einhergeht. Bis 2015 werden 100% der Grundsicherungskosten durch den Bund getragen. Für Ostholstein bedeutet das rund neun Millionen Euro. Der Bund ist in diesem Falle aber nicht die Bundesregierung. Darauf möchte ich besonders aufmerksam machen. Die sozialdemokratische Mehrheit im Bundesrat hat es verhindert, dass die Vorstellungen der Bundesregierung zur Durchsetzung gelangen. Den SPD-Landesregierungen ist es zu verdanken, dass im Vermittlungsausschuss dieser Kompromiss herauskam. Die SPD ist die Partei der kommunalen Familie.

Ich danke für die Aufmerksamkeit. ■  
*Es gilt das gesprochene Wort.*

Haushaltsklausur der SPD Fraktion mit Torsten Albig und Andreas Breitner

## Kreis-Haushaltsberatungen bleiben noch in einigen Punkten offen



Die SPD Kreistagsfraktion Ostholstein hat auf ihrer Haushalts-Klausursitzung in Malente Ende Oktober die politischen und finanzpolitischen Weichen für die anstehenden Haushaltsberatungen gestellt. Dabei machte die Fraktion es von einigen Beschlüssen in den kommenden Fachausschusssitzungen abhängig, ob sie dem Haushalt 2012 zustimmen oder ihn ablehnen wird (s. Seite 7).

Weiterhin hat sich die Fraktion auch noch nicht zum Kommunalen Haushaltskonsolidierungsgesetz, dem Entschuldungsfonds endgültig festgelegt, obwohl Landrat Sager schon angekündigt hat, dass sich der Kreis am Programm des Landes beteiligen werde. Das stieß auf Unverständnis, denn es lagen den Fraktionen weder das Gesetz noch die Ausführungsrichtlinien vor.“

Die Fraktion wird einige Punkte des Eckwertebeschlusses der Verwaltung zum Haushalt 2012 nicht mittragen, denn es soll weiter sehr konsequent das Planstellenabbaukonzept umgesetzt werden. Damit sollen weiterhin die tarifbedingten Mehraufwendungen erwirtschaftet werden, d. h. auf den Rücken der MitarbeiterInnen der Kreisverwaltung. Die SPD wird fordern, dass das Konzept auf den Prüfstand kommt.

Klinke: „Die Arbeitsverdichtung hat in der Verwaltung gravierend zugenommen,

dieses spiegelt sich im Personalbericht der Verwaltung wieder. Die Anzahl Langzeiterkrankter ist rapide gestiegen und auch die Fehltag je MitarbeiterIn.“

Die Fraktion wird den Antrag der Beruflichen Schulen des Kreises in Oldenburg und Eutin – die Schaffung von zwei Stellen für die Sozialarbeit – voll unterstützen. Die Fraktion wird ihre abgelehnten Anträge aus dem Haushaltsjahr 2011, u. a. Sucht-, Schuldnerberatung, Kreisfonds Eigenbestimmtes Leben/ Verhütungsmittel, nicht zum Haushalt 2012 einbringen. Diese sozialpolitischen Anträge werden weiterhin von der Fraktion befürwortet und in absehbarer Zeit wieder auf die Tagesordnung gebracht.

### Klausurbeschlüsse

- ◆ Die Gebühren für die Kreismusikschule werden nicht erhöht.
- ◆ Die Neuen Eutiner Festspiele gGmbH werden nicht mit 30.000 € bezuschusst. Hier handelt es sich um freiwillige Leistungen des Kreises.
- ◆ Die SPD wird zur kommenden Kreistagsitzung den Antrag einbringen, die Kfz-Zulassungsstelle verbleibt im Nordkreis.
- ◆ Die SPD fordert im Regionalplan II – Windenergie – die gemeldeten ca. 3505 ha in die Teilfortschreibung aufzunehmen. Dabei sollen die Kommunen selbst eine

Höhenbegrenzung der Windkraftanlagen festlegen.

Weiterhin fordert die SPD das Land auf, den Kommunen mitzuteilen, warum bestimmte Gebiete aus dem Plan gestrichen worden sind und wie bei der festen Beltquerung, Hinterlandanbindung und 380 KV-Leitung frühzeitige Informationen und ein offenes, transparentes Verfahren für die BürgerInnen im Kreis Ostholstein.

Die SPD Fraktion sieht einen Hoffnungsschimmer für den Haushalt, obwohl der Kreis immer noch ein strukturelles Defizit von 11 Mill. € hat. In den kommenden Jahren wird durch die Übernahme, d. h. die Erstattung der Kosten der Unterkunft durch den Bund, ein kleines Licht am Tunnelende leuchten. Die Politik der Fraktion ist weiterhin auf konsolidieren, gestalten und investieren ausgerichtet. Die Kreispolitik darf sich nicht nur aufs Schuldentilgen und Kürzen reduzieren, wir müssen auch gestalten. Burkhard Klinke: „Bildung bringt die höchsten Renditen. Wer sparen will, muss in die Bildung investieren. Wer Handlungsräume gewinnen will, sollte kooperieren. Wer Kindern und Jugendlichen Chancen einräumen will, der sollte Familien stärken. Damit die Sozialhaushalte nicht weiter explodieren, müssen wir auf Prävention und Frühförderung setzen, denn die Kosten der versäumten Bildung kann man nicht ansparen.“ ■